

KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 215 - 22. Jahrgang
Dez./Januar 2015/16
Spendenbeitrag 80 Cent

Geschlossen in den Wahlkampf

Am 7./8.11. fand in Pasewalk die 1. Tagung des 5. Landesparteitages statt. Es war ein intensiver Arbeitsparteitag, auf dem die Delegierten über die Wahlstrategie zur Landtagswahl im September 2016 debattierten. Bei nur zwei Enthaltungen wurde der Leitantrag, nämlich die Wahlstrategie „Aus Liebe zu M-V“, verabschiedet.

Die LINKE-Landesvorsitzende Heidi Bluhm bescheinigte unserem Bundesland erhebliche Fortschritte in den vergangenen 25 Jahren. Es sei aber bei Weitem nicht alles gut; das Land entwickle sich in bestimmten Fragen auch zurück (ÖPNV, Werften, etc.) Dafür trägt auch die SPD-CDU-Koalition in Schwerin die Verantwortung. Mutig und selbstbewusst sagt DIE LINKE, dass sie es besser kann. Unser Wahlprogramm wird diesen Anspruch untermauern müssen. Es soll eine nachvollziehbare Vision für M-V zeichnen und sich dabei an den Ideen der Bürger*innen orientieren. Das Thema Soziale Gerechtigkeit wird sich auf jeden Fall wie ein Leit-

faden durch unser Programm ziehen. Das erwarten unsere Stammwähler, aber wir müssen auch neue Wählerschichten erschließen, z.B. indem wir uns an die Spitze der digitalen Revolution stellen, wie Marcel Eggert forderte. Das neue Mitglied des Landesvorstandes Sebastian Schmidt zeigte am Beispiel des Deutschen Karpfenangelclubs M-V, dessen Vorsitzender



er ist, dass wir viel mehr als bisher in die unzähligen Vereine hineinwirken müssen. Der Karpfenangelclub M-V hat übrigens

43.000 Mitglieder.

Der Leitantrag war im Kreisvorstand Rostock nicht unumstritten. Betonen wir nicht zu sehr unseren Willen, mitzuregieren? Heidi Bluhm betonte: DIE LINKE führt keinen Koalitionswahlkampf, will aber mehr Verantwortung übernehmen und die Große Koalition in Schwerin Geschichte werden lassen. Wenn DIE LINKE auch in Sachsen-Anhalt und Berlin in die Regierung komme, könne man den CDU/CSU-SPD-Einheitsbrei im Bundesrat kräftig durchrühren. An die „ewig Ängstlichen“ in der eigenen Partei appellierte Heidi: Lasst uns aus den gemachten Fehlern lernen, und lasst es uns besser machen! Heidi betonte, dass wir nicht zum Preis einer schwarzen Null in die Koalition gehen. Auch andere Redner betonten: Haushaltskonsolidierung ja, aber auch ausreichend Geld für die Kommunen und für Investitionen.

Fortsetzung auf S. 4

**AUS
LIEBE
ZU M-V
DIE LINKE.**



In Pasewalk trafen sich viele Mitglieder unseres Landesverbandes zum Parteitag. Mehr dazu auf den Seiten 4 und 5



Im Landkreis Rostock wählten die Genoss*innen den neuen Kreisvorstand. Mehr dazu auf Seite 6



Gut besucht und sehr produktiv war die Inklusionskonferenz in Rostock. Mehr dazu auf Seite 16

In dieser Ausgabe

Seite 2: Flüchtlingspolitik
Seite 3: Rotfeder
Seite 3: Neujahrsgrüße
Seite 4/5: Landesparteitag
Seite 5: Courage-Preis
Seite 6: LRO-Kreisparteitag
Seite 7: Wohnungsbau

Seite 8/9: Gegen Vorurteile
Seite 10: Flüchtlinge
Seite 11: Das muss drin sein!
Seite 12: Mindestsicherung
Seite 13: Ein Verlegerleben
Seite 14: Kurt Kaiser
Seite 16: Inklusionstagung

Liebe Leserinnen und Leser, ausführlich berichten wir über den Landesparteitag in Pasewalk. Vielleicht der beste Parteitag, den ich bisher erlebt habe. Diskussionsfreudig, aber im Umgang miteinander konstruktiv und fair. Mit sehr guten Ergebnissen. Motivierend. Vielleicht geht das aus dem Artikel ja gebührend hervor. Müssen Artikel denn so lang sein, fragte mich ein Redaktionskollege kürzlich. Ja, muss! Ebenfalls mit aller Ausführlichkeit setzt sich Nico Burmeister mit weit verbreiteten Vorurteilen gegenüber Flüchtlingen auseinander. Das Streuen von Unwahrheiten und Gerüchten ist eine besonders perfide Strategie der Rechten. Dem müssen wir entschieden entgegengetreten. Im Landkreis Rostock wurde ein neuer Kreisvorstand gewählt. Unser Redaktions-



mitglied Peter Hörnig wurde zu dessen Vorsitzenden bestimmt. Dazu gratulieren wir ganz herzlich. Nun haben wir also zwei Kreisvorsitzende in der Redaktion der Mitgliederzeitung KLARTEXT. Ist das gut oder schlecht? Sind wir nicht viel zu unkritisch (siehe oben)? Ich hoffe jedenfalls, dass wir die richtige Mischung aus Lob und Kritik finden. Immer alles schlecht finden, ist auch keine Alternative. Und natürlich soll der KLARTEXT vor allem seine Leser motivieren, sich mit der eigenen Partei zu identifizieren und im persönlichen Umfeld für linke Politik zu werben.

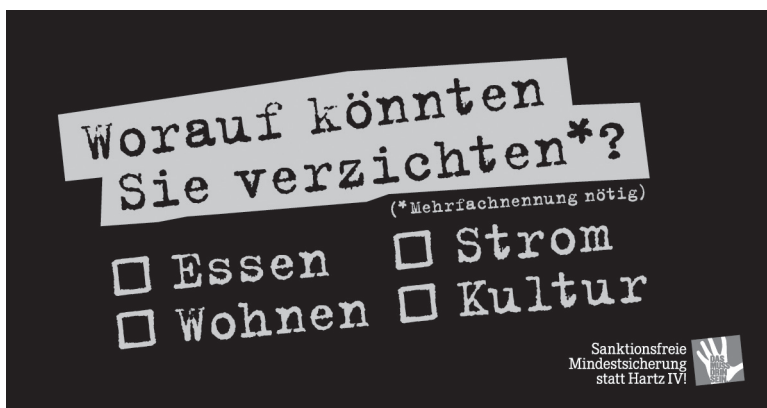
Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT, ein erholsames Weihnachtsfest und einen guten Rutsch wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion. Die nächste Ausgabe des KLARTEXT erscheint im Februar.

wohl die Regelsätze so niedrig sind, dass sie das Existenzminimum definieren. Jede Kürzung verstößt somit gegen die Menschenwürde und gegen das Grundgesetz. DIE LINKE fordert deshalb die Abschaffung der Sanktionspraxis und die sofortige Anhebung des Hartz-IV-Satzes auf 500 Euro. Langfristig soll das »Arbeitslosengeld 2« durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro ersetzt werden, um allen Menschen ein Leben in Würde ohne Angst vor Sanktionen zu gewähren. Wir meinen: Es muss endlich Schluss sein damit, dass Erwerbslose durch Sanktionen gegängelt und in schlechte Jobs gedrängt werden! Daher sagen wir: »Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV«. In der ersten Dezemberhälfte veranstaltet DIE LINKE zahlreiche Aktionen um die menschenunwürdige Sanktions-Praxis zu kritisieren. Mehr dazu unter www.das-muss-drin-sein.de

KLARTEXT online

Aktionswoche »Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV!«

Im Rahmen ihrer Kampagne »Das muss drin sein« startet DIE LINKE vom 1. bis 13. Dezember 2015 ihre zweite Aktionsphase unter dem Motto »Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV«. Wer Hartz IV bezieht, muss jeden Cent zweimal umdrehen – das Geld reicht kaum zum Leben. Gesundes Essen, Kino, Ausflüge oder ein Restaurantbesuch sind da nicht drin. Unvorhergesehene Zusatzkosten wie beispielsweise eine neue Waschmaschine oder auch eine höhere Miete, deren Mehrkosten nicht vom Amt übernommen werden, bringen die Betroffenen in enorme finanzielle Schwierigkeiten. Zusätzlich drohen den Hartz-IV-Beziehenden bei Verstößen gegen Auflagen sogenannte »Sanktionen«, die Kürzung der Hartz-IV-Leistungen. Und das, ob-



Obergrenzen und Kontingente

Die Bundesregierung betreibt verantwortungslosen Populismus und ignoriert, dass Deutschland Teil der EU ist. Flüchtlinge in wohl-dosierten Portionen – was für eine menschenverachtende Vorstellung, erklärt Bernd Riexinger, der Vorsitzende der Partei DIE LINKE.

Deutschland hat kein Flüchtlingsproblem – das wahre Problem heißt soziale Ungerechtigkeit. Die derzeitige Debatte um Obergrenzen und Kontingente ist nach wie vor völlig auf die nationale Ebene beschränkt. Weder Kontingente noch Obergrenzen lassen sich mit den Regeln der Europäischen Union vereinbaren. Die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten hat längst deutlich gemacht, dass sie einer Quote – also Kontingenten – nicht zustimmen werden.

Anstatt weiterhin verantwortungslos mit nationalpopulistischen Forderungen um sich zu werfen, muss die Bundesregierung der Realität ins Auge sehen. Was ist das für eine Politik, die Erdöl, Autos und Futtermittel ins Land lässt aber keine Menschen in Not? Die grenzenlose Freizügigkeit für Kapital und für Waren garantiert, aber für Menschen die Grenzen dicht machen will? Es darf weder Obergrenzen noch eine selektive Aufnahme von Flüchtlingen geben. Deutschland hat kein Flüchtlingsproblem – das wahre Problem heißt soziale Ungerechtigkeit. Weder mit 800.000, noch mit mehr Flüchtlingen wäre die Gesellschaft überfordert. Deutschland verfügt über extremen Reichtum – dieser ist jedoch völlig ungleich verteilt. So besitzen die 500 reichsten Deutschen zusammen etwa 654 Milliarden Euro. Eine fünfprozentige Millionärssteuer würde gut 80 Milliarden Euro in den öffentlichen Haushalt spülen. Damit ließen sich nicht nur die Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen und den Anteil derer, die dauerhaft eine Zukunft in Deutschland suchen entsprechend gut integrieren, sondern auch die soziale Wohnungsnot und der Personalmangel im Gesundheitswesen, in Schulen und Kitas beseitigen.

Die Wahrheit ist, dass die Flüchtlingssituation über 99 Prozent der Bürgerinnen und Bürger keinen Cent kosten würde. Dass die Deutschen bereit sind für ein friedliches Miteinander, dass sie Mut und Offenheit haben, das haben viele von ihnen in diesem Sommer bewiesen. Die Verantwortung für einen erfolgreichen Umgang mit der Situation liegt einzig und allein bei der Bundesregierung.

DIE LINKE fordert eine Vermögensabgabe sowie ein Sofortprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro, das sich selbst im Rahmen der Schuldenbremse umsetzen ließe.

Rotfeder und die Wiederholung der Fehler

Die Geheimdienste haben wieder einmal versagt, und wieder verlangen sie mehr Macht. Die Werkzeuge, die sie jetzt wieder verlangen, haben da, wo sie bisher schon eingesetzt wurden, nichts genutzt. Die Vorratsdatenspeicherung ist in Frankreich schon lange Realität, hat aber die Anschläge nicht verhindern können. Sie haben nur die Rechte der normalen Bürger eingeschränkt. Terroristen wissen, wie sie sich schützen können und verhalten müssen. Sie konnten sich weitgehend unbehelligt bewegen. Aber man zeigt Aktivität - allerdings an der falschen Stelle.

Ein schwacher Präsident hat vor knapp 15 Jahren den „Krieg gegen den Terror“ vom Zaun gebrochen und damit den Terror angefacht und ausgebreitet. In der ganzen Zeit wurden die Ursachen nicht gemildert, im Gegenteil. Es wurden reihenweise Staaten destabilisiert, zwielichtige Banden bewaffnet und undemokratische Regierungen unterstützt. Hunger, Armut und Krankheit sind nach wie vor weit verbreitet. Der Waffenhandel auch in Krisengebiete blüht. Jetzt ruft wieder ein schwacher Präsident,

diesmal der französische, den „Krieg gegen den Terror“ aus und fordert dafür Unterstützung. Der Westen ist erfolglos geblieben im Kampf gegen den islamistischen Terror. Wer den „Krieg gegen den Terror“ aufnimmt, hat ihn eigentlich schon verloren und läuft Gefahr, seinem Feind immer ähnlicher zu werden.

Nach jedem Terrorangriff läuft die gleiche Prozedur ab: Die Innenminister kommen zusammen und verabreden neue Maßnahmen, an die sich dann wieder kaum jemand hält und die sich wieder als unwirksam erweisen werden. Die eigenen Interessen sind immer wichtiger als die gemeinsamen. Die neuen Vorschläge sind dann auch meist genauso kurzfristig und wenig geeignet, wie die alten. Wenn man z.B. erkennt, dass man es nicht schaffen kann, die eigenen Grenzen zu sichern, dann fordert man, dass andere weit weg die Außengrenzen sichern mögen. Wenn die das dann auch nicht schaffen, ist man wenigstens nicht verantwortlich.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Terrorursachen lassen sich nicht so schnell be-

schließen und anordnen wie Militäraktionen. Und sie würden auch unsere Lebensweise verändern. Wie halten wir es denn selbst mit unseren „westlichen Werten“, die in Sonntagsreden beschworen werden? Etwa so wie Deutsche Bank und VW? Inzwischen macht man weiter mit alten und neuen Fehlern, und die Gründe für die Flucht vor dem Terror nehmen weiter zu. Der Wunsch, dass es eine einfache Antwort auf Bedrohungen wie Terrorismus geben könnte, ist groß aber nicht zu erfüllen. Und die Geheimdienste brauchen den Terror für ihre Legitimation. Man muss ihren Informationen und Vorschlägen gegenüber sehr skeptisch bleiben.

Das meint eure Rotfeder



Neujahrsgriße der Rostocker Kreisvorsitzenden

Liebe Leserinnen und Leser, ein turbulentes Jahr 2015 geht zu Ende. Gleich zu Beginn stellten wir uns den rechtsextremen ROGIDA-Demonstrationen entgegen. Mit Erfolg, wie wir glaubten. Aber die vergangenen Wochen haben uns gezeigt, dass wir im Kampf gegen Fremdenhass nicht nachlassen dürfen. Wenn Menschenfeinde durch Rostock marschieren, werden wir uns ihnen stets in den Weg stellen. Wir stellen aber auch klar: Über Sorgen und Ängste der Rostocker*innen gehen wir nicht arrogant hinweg, sondern bieten Dialog und Aufklärung an.

Zu Beginn des Jahres konnte Steffen Bockhahn seine Arbeit als Senator für Jugend, Soziales, Gesundheit, Schule und Sport endlich aufnehmen. Die Aufnahme und Integration der nach Rostock kommenden Flüchtlinge steht für ihn jetzt im Vordergrund seiner Arbeit, bei der unser Kreisverband ihn nach Kräften unterstützt. Wie gut, dass ein Linker in diesen Zeiten politische Verantwortung trägt und mit Herz und Verstand die Herausforderungen bewältigt. An dieser Stelle bedanken wir uns auch ganz herzlich für das Engagement vieler Genossinnen und Genossen für die Flüchtlinge.

Die Ereignisse überschlugen sich. Unser Mitgefühl gilt den Opfern der Terroran-

schläge in der ganzen Welt. Selbstverständlich werden wir weiterhin unsere friedenspolitischen Alternativen gegen die fatale Politik der militärischen Eskalation stellen. In diesen Zeiten fällt es uns nicht leicht, Gehör für unsere Politik zu finden. Doch unsere Kampagne gegen prekäre Arbeit und prekäres Leben („Das muss drin sein!“) geht weiter. Im Kampf für ein menschenwürdiges Leben und gegen Kinderarmut dürfen wir nicht nachlassen. Die Entsolidarisierung in der Gesellschaft bildet den Humus, auf dem sich autoritäre Einstellungen ausbreiten können. Wer den Kampf gegen Rechts ernst nimmt, muss über die gesellschaftlichen Zusammenhänge aufklären, die der Entstehung von Gewalt und Hass zugrundeliegen. Bildung und Kultur sind ein Rezept gegen Dummheit und Hass. Auch deshalb werden wir im kommenden Jahr für den Fortbestand eines Vier-Sparten-Volkstheaters kämpfen.

Im September 2016 wird der Landtag Mecklenburg-Vorpommern neu gewählt. Zu Recht waren viele Genoss*innen vom Wahlkampfauftakt am 4.9. in der Stadthalle begeistert. Lasst uns diesen Schwung ins Wahljahr tragen, ein überzeugendes Wahlprogramm erarbeiten und gemeinsam im Wahlkampf für unsere Politik der sozialen Gerechtigkeit streiten. Dabei zählen

wir auf eure Unterstützung und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit den jungen Neumitgliedern, die wir in diesem Jahr in unserem Kreisverband begrüßen konnten.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, im Namen des Kreisvorstandes möchten wir uns bei allen bedanken, die mit ihrem persönlichen Einsatz auf vielfältige Weise die Arbeit der Rostocker LINKEN unterstützen. Wir wünschen Euch erholsame Feiertage, Gesundheit, Wohlergehen und ein wachsames Auge auf die Ungerechtigkeiten in der Welt.

Eva-Maria Kröger & Carsten Penzlin
Kreisvorsitzende DIE LINKE. Rostock

Stadtteilverband Rostock Heide
wünscht dem diamantenen Paar
alles Gute

Im November begingen unsere Mitglieder Gertud und Heinz Käckenmeister Ihr 60-jähriges Ehejubiläum. Henry Klützke gratulierte Ihnen während Ihrer Feier in großer Familienrunde im Namen aller Genossen.



Bericht vom Landesparteitag in Pasewalk

Fortsetzung von S. 1

Wir fordern 50 Mio. Euro für Regionalbudgets in benachteiligten Regionen, wo man selber entscheiden kann, wofür das Geld ausgegeben wird. Die Landesregierung betreibt jedenfalls Wählertäuschung, wenn sie immer sagt, es sei kein Geld da.

Auf dem Parteitag stellte ein Redner die Behauptung auf, es habe für die Basis nicht die Möglichkeit gegeben, über die Wahlstrategie zu diskutieren. Zumindest im Kreisverband Rostock haben wir die Basis und die Stadtteilsprecher aufgefordert, das Papier zu diskutieren und Änderungsvorschläge zu machen. Hier zielt der Vorwurf also ins Leere.

Werfen wir mal einen Blick auf die anderen Anträge. Die LAG Innerparteiliche Kommunikation war hier besonders aktiv gewesen. Sie beantragte z.B. die Änderung der Geschäftsordnung des Parteitages: Die Antragskommission soll nicht mehr Empfehlungen zu Annahme oder Ablehnung eines Antrages abgeben, da hierdurch die Delegierten bevormundet werden. Eine nachvollziehbare Argumentation, aber viele Delegierte sind ganz froh, wenn sie im Antragsdickicht einen Wegweiser haben. Antrag abgelehnt. Auf diesem Parteitag verzichtete die Antragskommission auf Empfehlungen, wenn die Abstimmung in der Kommission nur knapp ausgegangen war.

Ein weiterer Antrag schlug vor, Delegierte in den Kreisverbänden nicht mehr zentral auf einem Kreisparteitag wählen zu lassen, sondern in einzelnen Regionen des Kreisverbandes. In den großflächigen Kreisverbänden vielleicht sinnvoll im Sinne der Basisverbundenheit, aber andererseits schlecht für das Zusammenwachsen der neugebildeten Kreisverbände. Antrag abgelehnt.

Dann ging es um die Person des Landesgeschäftsführers. Dieser wird in vielen Landesverbänden durch einen Landesparteitag gewählt (für zwei Jahre). Bei uns entscheidet der Landesvorstand. Nach dem Willen der Delegierten bleibt es dabei.

In einem anderen Antrag der LAG wollte man per Satzung dem Jugendverband zwei Plätze im Landesvorstand vorbehalten. Das war gut gemeint, denn das Verhältnis von [solid] zum Landesvorstand bleibt schwierig. Zu Parteitagern wohl auch, denn die Plätze für die Delegierten des Jugendverbandes waren in Pasewalk nur zeit- und teilweise besetzt. Antrag abgelehnt. Da wartet noch viel Arbeit auf Landesvorstand und Jugendverband. Dass man nicht generell von einem Generationenkonflikt sprechen kann, zeigte auch die Wahl des Landesvorstandes (siehe unten). Übrigens konnte man unter den Delegierten trotz der oft beklagten Überalterung der Partei

sehr viele junge Gesichter entdecken.

Für satzungsändernde Anträge braucht man eine 2/3-Mehrheit. Die ist ganz selten zu erreichen, wie sich auch in Pasewalk zeigte. Trotzdem sollte man der LAG Innerparteiliche Kommunikation dankbar sein, dass sie ein bisschen Würze in den Parteitag gebracht hat.

Die Delegierten stimmten dann der Bildung des neuen Kreisverbandes Vorpommern-Rügen zu. Der Kreisverband Stralsund ist damit Geschichte. Es gibt zwei neue Landesarbeitsgemeinschaften, die sich über Mitstreiter freuen: die LAG MIA (Migration, Integration, Antirassismus) und die LAG Agrarpolitik und ländliche Räume.

Einstimmig verabschiedete der Parteitag die Resolution „Für ein solidarisches Mecklenburg-Vorpommern“. Die Frage, wie wir im Land eine Willkommenskultur für die Flüchtlinge sicherstellen können, zog sich durch den gesamten Parteitag. Immer wieder wurde die Forderung laut,

Rede war ein Plädoyer für eine multikulturelle Gesellschaft, in der die Neugier auf das Fremde überwiegt.

DIE LINKE wird weiterhin die Bekämpfung der Fluchtursachen auf ihre Fahnen schreiben. Wir werden die Chancen betonen, die mit der Zuwanderung nach M-V verbunden sind. Wir fordern die Landesregierung auf, die Kommunen und ehrenamtlichen Helfer*innen endlich angemessen zu unterstützen. Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Dietmar Bartsch untermauerte in seiner Rede diese Forderung. Die Überschüsse im Bundeshaushalt sowie die Rüstungsindustrie müssten zur Finanzierung der Flüchtlingshilfe herangezogen werden. Und wie wär's mit einer Reichensteuer? Eine Kampagne hierzu mit anschließender Großdemonstration schlug ein Delegierter vor. Dieser Vorschlag wird vom Landesvorstand diskutiert werden. Bekommt man mit einer Reichensteuer den Fremdenhass aus den Köpfen?

Mit den Menschen reden, ihre Sorgen aufgreifen und ernst nehmen, Alternativen anbieten – das ist ein Vorschlag von Marcel Eggert aus der Generaldebatte, dem man nur beipflichten kann. Jedenfalls wollen wir unser Land nicht den 20% NPD- und AfD-Wählern überlassen, die es laut Umfragen derzeit gibt. „Flüchtlinge bleiben – Nazis vertreiben“, fasste Phillip Bock aus Rostock unsere Haltung zusammen. Dietmar Bartsch wies auf den Skandal hin, dass es in Deutschland noch keine einzige Verurteilung gegen die Urheber von Brandanschlägen gab. Die Bundesregierung zeigt klare Kante, wenn es um die Verschärfung des Asylrechts geht – über rechte Gewalt mag sie nicht sprechen. Dann tun wir das eben!

In der Generaldebatte schnitt die Landtagsabgeordnete Barbara Borchardt das Thema Öffentliche Sicherheit an, das bei den Bürgern auf Platz 3 der Sorgen steht. Hier muss auch unsere Partei Antworten geben, aber nicht indem wir schärfere Gesetze fordern. Anstatt die Grundrechte einzuschränken, sollten wir mehr über Prävention und die Ursachen von Kriminalität reden.

In Pasewalk wurde auch gewählt. Heidrun Bluhm wurde als Landesvorsitzende mit 85% der Stimmen im Amt bestätigt. Sie zog eine positive Bilanz der Arbeit des Landesvorstandes. Noch nie habe es eine so konstruktive Zusammenarbeit in diesem Gremium gegeben; zwar sei oft hart in der Sache diskutiert worden, aber immer in einer Atmosphäre der Offenheit und gegenseitigen Achtung. Eine ähnliche Bilanz lässt sich für die Arbeit des Landesverban-



Die Rostocker Mitglieder des Landesvorstandes

in der Gesellschaft kein Gegeneinander zuzulassen, sondern ein solidarisches Miteinander zu bewirken. Schwächere in unserer Gesellschaft und Flüchtlinge dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, denn die wahren Gegensätze bestehen doch zwischen Arm und Reich. Ja, es gibt Probleme in der Gesellschaft. Aber die gab es vor der Flüchtlingswelle auch. Sie treten jetzt nur deutlicher zutage, z.B. der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in den Städten.

Unser Dank geht an die zahllosen freiwilligen Helfer*innen. Großen Applaus gab es z.B. für die Güstrowerin Karen Larisch, Gewinnerin des Courage-Preises der Linksfaktion im Landtag, aber auch für Barbara Kirchhainer aus Sanitz. Sie sind die Helden unserer Zeit, rief Helmut Holter aus. Das zeichne unsere Partei aus: Wir machen nicht nur zuhause kluge Sprüche, sondern gehen auf die Straße. Helmut's emotionale

des sagen. Dafür sorgten u.a. gemeinsame Tagungen von Landesvorstand, Landesausschuss, LAGn, Mitarbeitern und Landtagsabgeordneten, auf denen vertrauensvolle Arbeitsbeziehungen hergestellt werden konnten. Vielleicht spielten auch die Leitlinien zur Kommunikation eine Rolle, die sich unser Landesverband gab. Aber wie viele Genoss*innen kennen dieses Konzept eigentlich, wurde auf dem Parteitag selbstkritisch gefragt. Schwierig und langwierig gestalteten sich die Auseinandersetzungen um den Kreisverband Stralsund. Die gefundene Lösung hat viel zur Beruhigung im Landesverband beigetragen.

Man habe zwar Mitglieder verloren (4060 Genoss*innen gibt es noch in M-V), aber insgesamt an politischer Schlagkraft und Wahrnehmbarkeit gewonnen, so Heidi Bluhm. Mit der Verjüngung des Landesvorstandes sende man ein wichtiges Signal ins Land.

In den neu gewählten Landesvorstand entsendet der Kreisverband Rostock drei Mitglieder: Margit Glasow, Phillip Bock und Sandro Smolka. Hikmat Al-Sabty hatte auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Aus

dem Landkreis wird Gudrun Pach weitere zwei Jahre im LV mitarbeiten. Sie erinnerte

und Peter Hörnig aus dem Landkreis Rostock arbeiten nun im Bundesausschuss mit.



Der neue Landesvorstand

in ihrer Rede an ihren verstorbenen Vorstandskollegen Ralf Malachowski.

In der Landesschiedskommission arbeiten aus Rostock fortan Lisa Kranig, Jutta Reinders und Karsten Kolbe mit. Jutta entschied sich spontan zur Kandidatur, denn sonst hätte ein Platz nicht besetzt werden können. Leider gab es für fast alle Gremien einen Mangel an Kandidat*innen. Also vielen Dank, liebe Jutta. Gerit Losand-Gärber

Das wichtigste Fazit des Parteitages lautet sicherlich, dass der Landesverband mit großer Geschlossenheit in den Landtagswahlkampf geht. Für den Wahlkampf sind wir auf Eure Spenden angewiesen. Neu ist die Möglichkeit, per SMS zu spenden. Sendet den Text „Linke“ an die Nummer 81190, und schon haben wir 5 Euro mehr für die Kampagne.

Ein herzliches Dankeschön an den Arbeitslosenverband, der diesmal das Catering übernommen hatte. Es war lecker und günstig, da waren sich mal alle Delegierten einig.

Drei Stunden früher als befürchtet ging der Parteitag zu Ende, so dass man nicht im Dunkeln nach Hause fahren musste und sich die weite Tour von Pasewalk nach Rostock durch den Blick in ein gutes Buch versüßen konnte.

Text: Carsten Penzlin;

Fotos: Eva-Maria Kröger; Facebook

Courage-Preis für Karen Larisch aus Güstrow

Die Linksfraktion hat in Güstrow den diesjährigen Courage-Preis verliehen. Der Preis, der mit 2500 Euro dotiert ist, wurde bereits zum fünften Mal vergeben. Die Fraktion würdigt damit Einzelpersonen, Initiativen oder Projekte, die sich mutig und ehrenamtlich in besonderer Weise gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Hass und Diskriminierung engagieren. In diesem Jahr geht der Courage-Preis an Karen Larisch aus Güstrow. Der Vorsitzende der Linksfraktion, Helmut Holter, gratuliert im Namen der gesamten Fraktion ganz herzlich.

„Karen Larisch steht seit Jahren in Güstrow und der ganzen Region für ein humanes, weltoffenes und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern. Sie sagt denjenigen, die versuchen, Fremdenhass und Intoleranz zu verbreiten, laut, dass sie in diesem Land nicht die Meinungshoheit haben. Sie engagiert sich in vorbildlicher Art und Weise, damit alte und neue Nazis mit ihrer menschenverachtenden Ideologie von der Straße, aus den Parlamenten und vor allem aus den Köpfen verschwinden.

Frau Larisch kümmert sich nicht nur um

die Menschen, die vor Krieg, Hunger, Unterdrückung oder politischer Verfolgung aus ihren Heimatländern fliehen müssen. Sie hilft auch all denen, die lange erwerbs-



los sind, jenen, die arm sind, jenen, die in den vergangenen Jahren zunehmend an

den gesellschaftlichen Rand gedrängt wurden. Sie hilft, wo sie nur helfen kann: Kindern, Jugendlichen und Familien, die mit vielen Sorgen und Problemen zu kämpfen haben.

Die Preisträgerin engagiert sich in einer Region, in der seit Jahren der rechtsextreme Feldversuch läuft, den ländlichen Raum zu erobern. Diesen Umtrieben stellt sich Karen Larisch entschlossen entgegen und leistet in und um Güstrow Aufklärungs- und Unterstützungsarbeit. Sie hat sich damit in der rechtsextremistischen Szene Feinde gemacht. Seit Jahren versuchen NPD-Kader und Mitglieder von Kameradschaften nicht nur sie selbst, sondern auch ihre Familie einzuschüchtern. Sie bedrohen sie und scheuen dabei vor Straftaten nicht zurück. Aber die Vorkämpferin für Mitgefühl, Toleranz und Mitmenschlichkeit lässt sich nicht einschüchtern oder mundtot machen.

Unbeirrbar hält sie fest an ihrem Einsatz für Menschen, die von rassistischer Gewalt oder Bedrohung betroffenen sind. Sie ist ein Vorbild.“



Kreisparteitag im Landkreis Rostock

DIE LINKE DES LANDKREISES ROSTOCK SOLIDARISCH MIT ALLEN HILFESUCHENDEN MENSCHEN

Am Samstag, dem 14. November 2015, trafen sich die Delegierten der Partei DIE LINKE aus dem Kreisverband Landkreis Rostock zu ihrer 1. Tagung des 3. Kreispar-



Die Kreisvorsitzende berichtet

teitages in Reinshagen bei Satow. Auf der Tagesordnung standen neben den turnusmäßigen Wahlen zu den Parteigremien, die Bilanz der Arbeit des Kreisverbandes und seiner Gremien in den vergangenen zwei Jahren sowie die Aufgaben in Vorbereitung der Landtagswahlen am 04. September 2016. – In ihren Ausführungen dankte die Kreisvorsitzende, Gerit Losand-Gärber, im Namen des Kreisvorstandes



Der neue Kreisvorstand

allen Mitgliedern und Sympathisanten für das bisherige große Engagement. Die Delegierten begrüßten als Gastreferentin die Vorsitzende des Flüchtlingsrates Mecklenburg-Vorpommern, Frau Ulrike Seemann-Katz. – Zum Thema „FLUCHT

UND ASYL - Menschen in existenzieller Not brauchen Hilfe!“ erläuterte Frau Seemann-Katz Schwerpunkte der Flüchtlingspolitik und deren Auswirkung auf Mecklenburg-Vorpommern und den Landkreis Rostock. Nach einer lebhaften Diskussion wurde von den Anwesenden von der Bundesregierung gefordert, endlich die Ursachen für Flucht und Vertreibung zu beseitigen. Der Rückzug aller deutschen Soldatinnen und Soldaten von Auslandseinsätzen und ein Verbot von Rüstungsproduktion und Rüstungsexporten.

Außerdem wurde betont, dass in der öffentlichen Debatte über die Aufnahme von Flüchtlingen die Chancen für die Entwicklung des Landes, für Wirtschaft und Kultur eine größere Rolle spielen sollten, als eventuelle Belastungen und Unterschiede. – Die Mitglieder der LINKEN werden überall dort, wo Flüchtlinge und Asylbewerber aufgenommen werden, tätige Hilfe in allen Alltagsfragen leisten. Die Delegierten der Linkspartei Landkreis Rostock beschäftigten sich mit den Aufgaben in den kommenden zwei Jahren, insbesondere mit der inhaltlichen und personellen Vorbereitung der Landtagswahl im Jahr 2016 und Bundestagswahl 2017.



Der neue Kreisvorsitzende:
Peter Hörnig

Nachdem Gerit Losand-Gärber aus persönlichen Gründen auf eine erneute Kandidatur als Kreisvorsitzende verzichtet hatte, wurde Peter Hörnig aus Dummerstorf allerdings zum alleinigen Vorsitzenden des Kreisverbandes Landkreis Rostock DIE LINKE gewählt. Heike Müller (Laalendorf) wurde in ihrem Amt als Kreisschatzmeisterin erneut bestätigt. Die weiteren Mitglieder des Kreisvorstandes sind: Nico Arndt (Bad Doberan), Lutz Hänsel (Laage), Renaldo Hoffmann (Güstrow), Susanne Krone (Laage), Dr. Christoph Küsters (Krakow a.S.), Gerit Losand-Gärber (Sagerheide), Dr. Kerstin Neuber (Kösterbeck), Gudrun Pach (Rostock/Papendorf), Birgit Runge (Lambrechtshagen), Sven Sauer (Güstrow), Karin Schmidt (Laage), Birgit Schwebs (Hanstorf), Prof. Dr. Hans-Dieter Sill (Güstrow) und Christian Teske (Rostock/Gnoi-en).

In die Kreisfinanzrevisionskommission wurden Sigrud Bolduan (Laage), Renate Lindner (Güstrow), Dieter Müller (Kavelstorf) und Manfred Schwarz (Kröpelin) gewählt. – Und auf dem Bundesparteitag wird der Kreisverband durch Barbara Kirchhainer (Sanitz), Karin Schmidt (Laage), Dr. Christoph Küsters (Krakow a.S.) und Prof. Dr. Wolfgang Methling (Niendorf) vertreten; Susanne Krone (Laage), Gudrun Pach (Rostock/Papendorf) und Christian Teske (Rostock/Gnoi-en) stehen als Ersatzdelegierte zur Verfügung.

Peter Hörnig & Sven Sauer

Neujahrsgrüße von Peter Hörnig

**Liebe Genossinnen und Genossen!
Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!
Liebe Freunde!**

Das Jahr 2015 neigt sich seinem Ende entgegen.

Es beginnt die besinnliche Zeit, die Vorweihnachtszeit.

Also eine Zeit, in der wir das vergangene Jahr Revue passieren lassen sollten.

Das scheidende Jahr war geprägt von verschiedenen Höhepunkten, aber auch von einschneidenden Ereignissen.

Vor einem Jahr verabschiedeten wir am 15. November den Beschluss „Willkommenskultur stärken!“.

Welches Ausmaß die Flüchtlingsströme in den vergangenen 12 Monaten erreichen, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen.

Die Terroranschläge von Paris, in der Nacht vom 13. zum 14. November 2015, machen uns zum Einen sehr betroffen, sind aber zugleich Anlass, unsere Anstrengungen im Kampf gegen die Ursachen für Flucht und Vertreibung zu erhöhen.

Das bekräftigten die TeilnehmerInnen unseres Kreisparteitages am 14. November nach einer Schweigeminute für die Opfer von Paris.

Sozialistischer Realismus mal ganz anders

Was denn nun? 160.000, 200.000, 400.000, 800.000 oder gar 4 Millionen neue Wohnungen? All diese Zahlen geistern auch heute wieder durch die Informationslandschaft und das Gemeine ist: An all den Zahlen ist irgendetwas richtig.

„Man muss schon sehr genau hinhören“, würde Lorient sagen, und recht hat er! In den Medien und vielen wohlmeinenden politischen Statements hört man unisono, nicht die Flüchtlinge seien schuld, dass Wohnungen knapp sind - und doch ist es zum Beispiel dem Tagesspiegel vom 11.11. eine Schlagzeile wert: „160.000 Wohnungen allein für Flüchtlinge“ und das Handelsblatt toppt das „Die Auswirkungen der Flüchtlingskrise ... Es fehlen 800.000 Wohnungen“

Also doch die Flüchtlinge? Und wo bleibe ich, fragen sich viele verzweifelte Wohnungssuchende, die schon lange in den Besichtigungsschlangen nach einer bezahlbaren Wohnung Ausschau halten und keine finden können. Der Zustrom an Flüchtlingen führt uns mit dramatischen Bildern jahrzehntelanges wohnungspolitisches Versagen vor Augen. Jetzt **müssen** wir handeln. Schnell und wirkungsvoll. Aber: Selbst wenn es Herrn de Maizière gelänge, Syrien und die anderen Fluchtlän-

ren. Wir fordern einen Rückzug aller deutschen Soldatinnen und Soldaten von Auslandseinsätzen und ein Verbot von Rüstungsproduktion und Rüstungsexporten. Wir Mitglieder der LINKEN werden überall dort, wo Flüchtlinge und Asylbewerber aufgenommen werden, tätige Hilfe in allen Alltagsfragen leisten.

Der Sommer 2015 war geprägt von Aktivitäten zur Unterstützung des Volksentscheides für den Erhalt der Kreisgerichtsstrukturen im Land Mecklenburg-Vorpommern. Die Ursachen, warum wir unser gemeinsames Ziel nicht erreicht haben sind vielfältig und wurden breit an der Basis diskutiert.

Mir ist es an dieser Stelle ein Herzensbedürfnis, den Mitgliedern und Sympathisanten unserer Partei recht herzlich für die große Einsatzbereitschaft, auch außerhalb von Wahljahren, zu danken.

Die kommenden zwei Jahre werden vor allem von der inhaltlichen und personellen Vorbereitung der Landtagswahl im Jahr 2016 sowie der Bundestagswahl im Jahr 2017 geprägt sein.

Unsere Aufgabe wird und muss es u.a. sein, mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen, um ihre Sorgen und Nöte, aber auch ihre Vorschläge zu erfah-

der über Nacht zu sicheren Horten von Demokratie und Wohlstand zu erklären, und alle Flüchtlinge daraufhin nach Hause führen - unser Wohnungsproblem bleibe uns erhalten! Das ist nämlich hausgemacht und über viele Jahre angewachsen durch anhaltende politische Ignoranz und eklatantes Marktversagen.

Es fehlen in Deutschland mindestens 4 Millionen Sozialwohnungen. Nicht, weil die plötzlich weg sind, sondern weil seit Abschaffung der Gemeinnützigkeit 1990 nach und nach immer mehr, in der Summe jetzt eben 4 Millionen, aus der Sozialbindung ersatzlos herausgefallen sind. Akut fehlen tatsächlich auf dem Wohnungsmarkt 800.000 Wohnungen, vor allem in den Ballungszentren und Studentenstädten. Andererseits stehen in Deutschland 1,7 Millionen Wohnungen leer. Allein immer mehr Geld für Wohnungsneubau zu fordern, löst dieses Problembündel nicht.

Es müssen in den Ballungszentren neue **Sozialwohnungen** - nicht irgendwelche Wohnungen - wie die 400.000, die z. B.

ren. Gemeinsam wollen wir ein Wahlprogramm der LINKEN Mecklenburg-Vorpommern erarbeiten, das nicht durch Wunschträume, fernab jeder Realität, gekennzeichnet ist, sondern von Bürgernähe.

Diese und andere vor uns stehenden Aufgaben stellen im Jahr 2016 wiederum große Anforderungen an die Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei.

Ich bedanke mich bei allen Mitgliedern und Sympathisanten, bei allen Kommunalpolitikern unserer Partei für die im Jahr 2015 geleistete Arbeit.

Gleichzeitig danke ich allen Partnern in den Bündnissen, Vereinen und Verbänden für die gute Zusammenarbeit in der Hoffnung, dass sie auch 2016 erfolgreich fortgeführt wird.

Ich wünsche ein friedliches und besinnliches Weihnachtsfest.

Im neuen Jahr möge uns Gesundheit die notwendige Kraft für die Bewältigung der vor uns stehenden Aufgaben geben.

Peter Hörnig, Kreisvorsitzender (DIE LINKE, Landkreis Rostock)

eine aktuelle Studie des Pestel Instituts fordert, gebaut werden. 200.000 pro Jahr in den nächsten vier Jahren, sagt DIE LINKE. Dann wäre der akute Fehlbedarf ausgeglichen und zwar mit Sozial-, nicht mit Luxuswohnungen. Parallel dazu müssen Wohnungsbau- und Städtebaufördermittel eingesetzt werden, um den Wohnungsleerstand aufzuwerten und für den dringenden Bedarf verfügbar zu machen.

Und es müssen ehemalige Sozialwohnungen durch Rückkauf von dauerhaften Belegungsbindungen für sozial schwächere Mieterhaushalte zurückgewonnen werden. Das alles zusammen ist notwendig, und es ist - politischen Willen vorausgesetzt - sogar machbar!

Heidrun Bluhm



Fakten gegen Vorurteile - Eine Argumentationshilfe in der Debatte um Geflüchtete

Vorurteile und Ressentiments gegen Geflüchtete sind in großen Teilen der Bevölkerung verbreitet. Gerüchte, gefährliches Halbwissen und nicht zuletzt bewusste Lügen schüren den Argwohn vieler Menschen in Mecklenburg und Vorpommern. Zu recht gab es deshalb früh den Wunsch vieler Genoss*innen, eine Handreichung zum Umgang mit Vorurteilen gegen Ge-

173.000 Asylsuchende registriert. Das sind etwa 1,5 % der aktuell Vertriebenen und 0,3 % der Flüchtlinge weltweit.

Flüchtlinge fliehen vor Krieg und Bürgerkrieg, Völkermord und Vertreibung, drohender Verfolgung und Folter, vor lebensbedrohlichen Notlagen und systematischer Diskriminierung. Kein Flüchtling verlässt seine Heimat freiwillig. Die Menschen müssen ihre vertraute Umgebung, geliebte Verwandte, häufig auch ihre Arbeit, Haus und Gut zurücklassen. Die Fluchtrouten sind zumeist sehr gefährlich. Zehntausende Menschen haben auf dem Weg in die EU bereits ihr Leben verloren, vor allem im Mittelmeer, weil es keine legalen und sicheren Einreisewege für Flüchtlinge gibt. Niemand tut so etwas, nur um hier Sozialhilfe zu beziehen, wie oftmals böswillig unterstellt wird.

lassen müssen. Deutschland ist hier mit verantwortlich: Der Export von Waffen in alle Welt, eine fehlende Friedenspolitik und militärische Interventionen, unfaire Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, die Folgen des Klimawandels usw., all dies zwingt Menschen in die Flucht. Deutschland muss als reiche Industrienation entsprechend seiner Möglichkeiten einen gewichtigen Anteil bei der menschenwürdigen Aufnahme von Flüchtlingen übernehmen.

Vorurteil: »99% der Asylsuchenden werden abgelehnt und sind Wirtschaftsflüchtlinge«

Immer wieder wird argumentiert, dass nur 1 - 2 % der Asylsuchenden politisch verfolgt würden - alle anderen seien »Wirtschaftsflüchtlinge« oder »Asylrechtsmissbraucher«. Tatsächlich aber erhält ein Großteil der Asylsuchenden in Deutschland ein Bleiberecht und Schutz, realistische Anerkennungsquoten liegen aktuell bei etwa 50%! Hinzu kommen noch zahlreiche Anerkennungen durch die Gerichte. Wie kommt es zu diesen unterschiedlichen Zahlen? Hier eine kleine Rechenübung zur Asylstatistik: Nur 1,8 % aller Asylsuchenden wurden im Jahr 2014 als Asylberechtigte nach Art. 16a des Grundgesetzes anerkannt. Das stimmt. Doch seit der

Asylrechtsänderung von 1993 können sich Flüchtlinge, die über Land einreisen - das ist die übergroße Mehrheit -, nicht mehr auf das Grundrecht auf Asyl berufen (Drittstaatenregelung). Sind diese Menschen verfolgt, erhalten sie dennoch Schutz, und zwar nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK). Im Jahr 2014 waren das noch einmal 24,1 %. Viele Kriegsflüchtlinge aus Syrien, Eritrea oder Somalia werden zwar nicht als »Flüchtling« im Sinne der GFK anerkannt, aber sie erhalten einen so genannten »subsidiären Schutzstatus«, weil sie wegen eines Krieges oder drohender Folter nicht abgeschoben werden dürfen. 2014 betraf dies 4 % aller Asylsuchenden.

Bei weiteren Flüchtlingen, etwa aus Afghanistan, werden Abschiebungshindernisse festgestellt, wegen Gefahren für Leib und Leben oder bei schweren Erkrankungen (1,6 %). Werden alle diese unterschiedlichen Formen eines Schutzstatus zusammengezählt, ergibt sich die so genannte »Gesamtzuschutzquote« bei Asylsuchenden in Höhe von 31,4 % für 2014. Wer sich also nur auf die kleine Gruppe der Asylberechtigten bezieht, täuscht sich und die Öffentlichkeit.

Fortsetzung auf der nächsten Seite



„Refugees are human beings“ - Flüchtlinge sind Menschen! Das Coverbild der Broschüre „Vorurteilen entgegentreten“ der linksfraktion im Bundestag

flüchtete herauszugeben.

Unsere Partei und unsere Bundestagsfraktion haben in der Vergangenheit verschiedene Publikationen zu diesem Thema herausgegeben. Unter anderem hat sich Jan Korte, stellv. Vorsitzender der Bundestagsfraktion, mit diesem Thema beschäftigt. Als Ergebnis ist die äußerst empfehlenswerte Broschüre „Flüchtlinge willkommen heißen - Vorurteilen entgegentreten“ entstanden. Diese Broschüre gab die Vorlage für diesen Beitrag. Im Folgenden findet ihr eine Auswahl an ständig wiederkehrenden Vorurteilen und wie sie argumentativ widerlegt werden können. Wer sich tiefergründiger mit diesem Themenkomplex beschäftigen möchte, sollte sich unbedingt die komplette Broschüre „Vorurteilen entgegentreten“ in unserer Kreisgeschäftsstelle in der Kröpeliner Straße 24 abholen - dort sind noch Exemplare vorrätig.

Vorurteil: »Deutschland kann nicht alle Flüchtlinge und nicht alles Elend der Welt aufnehmen«

Über 50 Mio. Flüchtlinge und Vertriebene gibt es weltweit. Dies ist die Zahl der registrierten Flüchtlinge, in Wirklichkeit sind es noch mehr. 5,5 Mio. Menschen wurden alleine im ersten Halbjahr 2014 gewaltsam vertrieben, lautet die jüngste Meldung. In Deutschland wurden im Jahr 2014



Mit einer Menschenkette demonstrierte die Rostocker LINKE am 14.11. für Toleranz und Solidarität mit den Flüchtlingen

Die Fluchtursachen müssen bekämpft werden - nicht die Flüchtlinge -, damit Menschen ihre Heimat erst gar nicht ver-



Fakten gegen Vorurteile - Fortsetzung

Vorurteil: »Asylsuchende kriegen in Deutschland alles hinterhergeschmissen«

Asylsuchende unterliegen zahlreichen Beschränkungen: Sie können ihren Wohnort nicht frei wählen und dürfen sich zunächst nicht uneingeschränkt in Deutschland bewegen (»Residenzpflicht«). Sie sind oft gezwungen, über Jahre hinweg in unzureichenden Massenunterkünften zu leben – zusammen mit fremden Menschen, häufig in einem Zimmer. Die Wohnheime befinden sich nicht selten in abgelegenen Randgebieten. Asylsuchende unterliegen zu Beginn Arbeitsverboten und Beschränkungen bei der Jobsuche, deshalb sind sie zumeist auf öffentliche Unterstützungsleistungen angewiesen. Von Sprach- und Integrationskursen werden sie ausgeschlossen. Diese Lebensbedingungen und die erzwungene Untätigkeit machen Menschen krank. Asylsuchende werden häufig angefeindet, sie würden untätig »in der Öffentlichkeit rumlungern« oder »dem Staat auf der Tasche liegen« – dabei täten sie nichts lieber, als für ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit selbst zu sorgen.

Asylsuchende erhalten, wenn sie bedürftig sind, nur das verfassungsrechtlich vorgeschriebene menschenwürdige Existenzminimum, wie alle anderen Menschen auch. Allerdings liegen die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sogar noch 10 % unterhalb des HARTZ IV-Regelsatzes, der seinerseits zu niedrig ist. Ein alleinstehender Asylsuchender erhält 359 Euro monatlich für den gesamten Lebensunterhalt, normalerweise sind es 399 Euro.

Vorurteil: »Deutschland trägt die Hauptlast der Flüchtlingsaufnahme in der EU«

2013 haben knapp 400.000 Flüchtlinge einen Asylantrag in der EU gestellt, etwa 110.000 davon in Deutschland (27,5 %). Damit steht Deutschland in absoluten Zahlen derzeit an der Spitze. Die Zahl der Asylanträge ist allerdings erst in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, 2007 waren es noch 19.000. Im Jahr 2014 wurden in Deutschland 173.000 Asylsuchende registriert.

Setzt man die Zahl der Asylsuchenden in Relation zur Größe der Bevölkerung gab es 2013 in Europa am meisten Asylanträge in Schweden (0,57%) und auf Malta (0,54%). Das wirtschaftlich starke Deutschland lag mit 0,16% Asylanträgen pro Bevölkerung im europäischen Vergleich auf Platz 10.

Im Zeitraum der letzten fünf Jahre (2009–2013) nahm Deutschland, gemessen an der Bevölkerungsgröße, bei der Aufnahme von Asylsuchenden in Europa Platz 16 ein – hinter Finnland, so die Berechnun-

gen des UN-Flüchtlingskommissars. Das Dublin-System der EU sorgt dafür, dass es viele Flüchtlinge nicht nach Deutschland schaffen. Nach der Dublin-Verordnung ist das Land für die Asylprüfung zuständig, über das Asylsuchende in die EU eingereist sind. Deutschland hat keine EU-Außengrenzen (nur über Luft und See), die meisten Flüchtlinge kommen über Italien, Griechenland, Spanien, Bulgarien und Polen. In der Theorie könnte sich Deutschland als Kernland der EU damit nahezu aller Asylsuchenden »entledigen«. Doch in der Praxis sind die Reisewege der Flüchtlinge oft nicht bekannt, und die Länder mit EU-Außengrenzen wären schlicht überfordert, wenn alle Asylsuchenden an sie zurückgeschickt würden.

Vorurteil: »Asylsuchende aus sicheren Herkunftsländern sind Wirtschaftsflüchtlinge und Asylrechtsmissbraucher«

Asylsuchende aus Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien werden häufig als »Wirtschaftsflüchtlinge« dargestellt, weil sie im Asylverfahren zu nicht einmal einem Prozent anerkannt werden. Ihre Herkunftsländer wurden im Jahr 2014 zu »sicheren Herkunftsländern« erklärt, um schnellere Ablehnungen und Abschiebungen zu ermöglichen. Überwiegend geht es dabei um Roma, deren Situation in ihren Herkunftsländern von Ausgrenzung, Rassismus, Übergriffen und lebensbedrohlicher Existenznot geprägt ist.

Eine gründliche Prüfung ihrer umfassenden Diskriminierung kann sehr wohl zu einem Schutzstatus führen, wie die Anerkennungsquoten in anderen EU-Ländern zeigen: Während die Anerkennungsquoten in Bezug auf die drei »sicheren« Herkunftsländer in Deutschland im Jahr 2013 bei nur 0,0 bis 0,6% lagen, betrugen sie z.B. in Italien 37 bis 67% (vor allem humanitärer Schutz), in Frankreich drei bis 17%, in Belgien 6 bis 8%, in Österreich 10% (Serbien) und in Dänemark 20 % (Bosnien). Es gibt mithin keinen Grund, Schutzsuchende aus diesen Ländern pauschal als »Asylrechtsmissbraucher« zu diffamieren.

Vorurteil: »Deutschland droht eine gefährliche Islamisierung des Abendlandes«

Die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime beträgt etwa 3,8 bis 4,3 Mio. Menschen, das sind gerade einmal 5 % der Bevölkerung. Etwa die Hälfte der Muslime hat die deutsche Staatsangehörigkeit. Zu 98,4 % leben die Muslime in den alten Bundesländern. Nur 22 % der jungen muslimischen Frauen tragen ein Kopftuch, 98 % der muslimischen Schülerinnen nehmen am gemischtgeschlechtlichen Schwimm-

unterricht teil.

Nach aktuellen Studien wird die Zahl der Muslime von vielen massiv überschätzt. Ein knappes Viertel der Befragten schätzte sie sogar fünf Mal so hoch ein, wie es der Wirklichkeit entspricht, d.h. auf über 20 Mio. Bedenklich ist, dass 42% der Befragten den Bau von Moscheen einschränken wollen – ein klarer Verstoß gegen die grundgesetzlich geschützte Religionsfreiheit. 24% würden sogar die Einwanderung von Muslimen ganz untersagen – eine rassistische und ebenfalls grundgesetzwidrige Forderung. Die mangelnde Verfassungstreue, die Muslimen häufig unterstellt wird, findet sich bei solchen Ergebnissen auf Seiten der Nicht-Muslime wieder.

Tragisch ist: Während Muslime eine hohe Verbundenheit mit Deutschland zeigen und eine offene Haltung einnehmen (unter 1 % muss als »radikal« angesehen werden), stoßen sie auf eine zunehmend ablehnende Haltung in der Mehrheitsbevölkerung. Der Anteil der Nicht-Muslime, die den Islam für »sehr« oder »eher« bedrohlich hielt, stieg von hohen 53 % im Jahr 2012 auf aktuell 57 %. Bemerkenswerterweise war die Furcht vor dem Islam in Nordrhein-Westfalen, wo mit Abstand die meisten Muslime leben (33 % aller Muslime), mit 46 % am niedrigsten, während sie in Sachsen mit 78 % am höchsten war, obwohl hier gerade einmal 0,7 % aller Muslime leben, laut sächsischem Innenminister weniger als 0,1 % der Bevölkerung Sachsens (2010). Studien bestätigen, dass eine Angst vor dem Islam bei Menschen, die regelmäßige Freizeitkontakte zu Muslimen haben, deutlich seltener anzutreffen ist. Die meisten der rund 2.350 muslimischen Gemeinden in Deutschland wurden in den Jahren 1980 bis 1999 gegründet (63,2%), nach 2000 waren es nur noch 12,7 %. 65 % der Asylsuchenden im Jahr 2014 waren muslimischen Glaubens. Diese Flüchtlinge kamen z.B. aus Syrien, Afghanistan, Pakistan oder Somalia. Es handelt sich also häufig um Menschen, die vor islamistischem Terror und Vertreibungen in ihrem Herkunftsland geflohen sind. Für solche muslimischen Flüchtlinge ist es besonders erschreckend, wenn sie in einer Demokratie wie Deutschland, von der sie sich Schutz erhofften, mit starken islamfeindlichen Ressentiments konfrontiert werden.

Text: Nico Burmeister; Fotos: u.a. Kay Kröger



Auf der Flucht nach Schweden: Rostock als Nadelöhr

Luca Kröger, die 15-jährige Tochter unserer Kreisvorsitzenden, hat den folgenden Artikel für ihre Schülerzeitung verfasst. Gerne drucken wir ihn auch im KLARTEXT ab.



Es ist Thema Nr. 1 in Rostock: Jeden Tag erreichen zwischen 400-900 Flüchtlinge den Hauptbahnhof. Sie kommen aus Kriegsgebieten wie Afghanistan, Irak, Syrien sowie Nord- und Ostafrika. Viele von ihnen sind seit Wochen und Monaten auf der Flucht und die meisten wollen mit der Fähre weiter nach Schweden fahren. Seit dem 8. September haben auf diese Weise ungefähr 30.000 Geflüchtete den Weg über Rostock genutzt.

Die Herausforderung dabei ist, dass nicht jeder gleich weiterfahren kann, denn die Fähren haben täglich nur eine bestimmte Anzahl freier Plätze. Das heißt, es warten rund 1.300 Menschen (teilweise waren es mehr als 2.000) in bis zu 11 Notunterkünften mehrere Tage auf ihre Weiterfahrt. Ohne eine große Anzahl freiwilliger Helfer wäre die Versorgung und Unterbringung der Menschen nicht zu schaffen. In Rostock hat sich deshalb eine Initiative namens „HROhilft“ gegründet. Ebenfalls aktiv sind das Deutsche Rote Kreuz, die Bundeswehr, der Verein Ökohaus, die Caritas und Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Doch bei aller Hilfe stößt die Stadt mittlerweile an ihre Grenzen, so schreibt es Oberbürgermeister Roland Methling in einer Pressemitteilung. Es fehlt Personal, um die Betreuung, medizinische Versorgung und Sicherheit gewährleisten zu können. Hin-

zu kommt leider die schlechter werdende Stimmung vieler Rostocker, die kein Verständnis für die Flüchtlingshilfe aufbringen können. Immer wieder wird gefragt, wie viele Menschen in Rostock bleiben werden und welche Auswirkungen sich ergeben. Fakt ist, das Bleiberecht wird durch Gesetze und Quoten bestimmt. Für die Hansestadt Rostock besteht die verbindliche Pflicht zur Aufnahme von Flüchtlingen, die über einen festgelegten Verteilerschlüssel aufgeteilt werden. Seit Jahresbeginn sind etwa 800 Geflüchtete angekommen, die auch hier bleiben werden. Bis Ende 2015 werden voraussichtlich weitere 700

hinzukommen. Im Jahr 2016 gilt für Rostock dann eine Quote von 12,99 Prozent. Nach aktuellen Schätzungen wird dies etwa 3.500 Geflüchteten entsprechen. Deshalb prüft die Verwaltung mehr als 20 Gebäude im gesamten Stadtgebiet, ob sie als vorübergehende Notunterkünfte oder als langfristige Gemeinschaftsunterkünfte geeignet sind. Dabei müssen viele Bestimmungen beachtet werden. Wegen des hohen Bedarfs lässt es sich leider nicht vermeiden, zwischenzeitlich auch Sporthallen zu nutzen.

Im Auftrag der Schülerzeitung besuchte ich eine der größeren Notunterkünfte in der Industriestraße. Da sie bewacht wurde, durften wir nur mit Genehmigung des zuständigen Leiters die Halle betreten. Schon beim ersten Blick in diese ehemalige Industriehalle wurde mir schnell bewusst, dass mehr als 500 Menschen dort keine Privatsphäre haben können. Der größte Teil des Gebäudes ist mit Feldbetten und einfachen IKEA-Betten vollgestellt. Infolge der Überbelegung gibt es einen Speiseraum, der zugleich auch Aufenthalts- und Schlafraum ist. Außerdem gibt es einen kleinen Raum für Kinder und Jugendliche, wo sie sich beschäftigen können. An dieser Stelle fällt mir auf, dass ich viele Familien mit Kindern in der Unterkunft entdeckte. Ein Arztzimmer mit

einer ehrenamtlich tätigen Ärztin für die medizinische Versorgung ist auch vorhanden sowie eine Kleiderkammer, befüllt mit Spenden von Rostockern. Neben Bürgern spenden vor allem der Verein JAZ e.V., das Deutsche Rote Kreuz und Unternehmen, um den Flüchtlingen den Aufenthalt so erträglich wie möglich zu gestalten. Da die Toiletten nicht ausreichen für so viele Menschen, wurden draußen Dixie-Klos und jeweils ein Duschcontainer für Frauen und Männer aufgestellt. Was mir auch gleich auffällt, sind die überall angebrachten Hinweisschilder auf Arabisch, Farsi und Englisch. Eine der Helferinnen, Johanna, sprach lange mit mir und es beeindruckte mich sehr, dass die meisten Helfer im Dauereinsatz noch Studenten sind. Sie organisieren unglaublich viel: die Essensversorgung, das Sortieren und Sammeln von Kleidung, alle möglichen Transporte und sogar die komplette Abwicklung aller Fahrfahrten. Sie besorgen auch Dolmetscher, die ehrenamtlich aktiv sind. Natürlich ist es für die Dolmetscher hart, denn sie erfahren immer direkt alles über die schrecklichen Schicksale der Flüchtlinge. Johanna erzählt mir auch, dass viele Geflüchtete sehr schweigsam und in sich zurückgezogen sind, weil sie die Erlebnisse noch nicht verarbeiten können. Während wir durch die Halle gehen, sehe ich Flüchtlinge, die putzen und aufräumen. Johanna sagt, viele Gerüchte stimmen nicht. Noch nie sei ein Helfer angegriffen worden. Aber natürlich sind die Leute auch mal frustriert, ängstlich oder verärgert. Am Ende staune ich über die freundlichen, fröhlichen Helfer, die trotz des Stresses und der vielen Arbeit Zeit für mich und meine Fragen hatten. Für uns ist es unmöglich nachzuvollziehen, was diese Menschen durchmachen mussten. Ich denke, wir würden es nicht mal eine Woche in so einer Unterkunft aushalten, ohne völlig durchzudrehen. Darüber sollten wir uns Gedanken machen, bevor wir über diese Menschen urteilen und uns eine Meinung bilden.



Zum 77. Mal jährt sich die Pogromnacht. Am Morgen des 10. Novembers 1938 brannte die Rostocker Synagoge. Wir erinnern uns gemeinsam mit der jüdischen Gemeinde an dieses Verbrechen. Auch mit Blick auf die bei uns ankommenden Geflüchteten ist es umso wichtiger, Barmherzigkeit und Verständnis zu leben, sagte der Landesrabbiner. An der Veranstaltung nahmen auch Bürgerchaftspräsident Dr. Wolfgang Nitzsche und Sozialsenator Steffen Bockhahn teil.



Das muss drin sein! Gute Arbeit statt prekärer Beschäftigung in Mecklenburg-Vorpommern

Rund 60 Gewerkschafter, Betriebs- und Personalräte sowie weitere Gäste aus Politik und Gesellschaft nahmen am 24. November in Schwerin an einer landesweiten Betriebs- und Personalrätekonferenz in Schwerin teil. Zur Konferenz unter dem Thema „Das muss drin sein – Gute Arbeit statt prekärer und atypischer Beschäftigung für M-V“ hatte die Linksfraktion im Landtag geladen.



„Viele Menschen in M-V sind prekär beschäftigt. Sie arbeiten zu Löhnen, die kaum reichen, um ihre und die Existenz ihrer Familien zu sichern, und leben in der anhaltenden Unsicherheit, ob Verträge verlängert werden oder nicht“, erklärte der arbeitsmarkt- und gewerkschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion, Henning Foerster. Damit verbunden seien im Vergleich zur Stammebelegschaft oftmals schlechtere Arbeitsbedingungen, Familienplanung sei kaum möglich.

„Auch aus Sicht der Kommunen ist es dringend erforderlich, die zunehmende Zahl der prekären Beschäftigung einzudämmen“, sagte die Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt, Angelika Gramkow. Prekäre Beschäftigung bedeute Armut, Armut der Kinder ist immer Armut der El-

tern, die letztlich in die Altersarmut führt, weil die Rente viel zu niedrig ist. „Hier entstehen immense Kosten, für die die Kommunen etwa in Form von Hilfe zum Lebensunterhalt einspringen müssen.“

Vom „größten Deregulierungsprogramm“ in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands sprach der Bundesvorsitzende DER LINKEN, Bernd Riexinger, in seinem Gastbeitrag

„Warum Deutschland gute Arbeit braucht“. „Wir haben deutschlandweit eine enorme Zunahme an prekärer Beschäftigung zu verzeichnen, wir leben in Zeiten moderner Sklaverei“, sagte er.

Ob Leiharbeit, Werkverträge, Befristung oder Niedriglohn, das System prekärer Beschäftigung habe sich verfestigt.

„Der Prekarisierung der Arbeit folge die Prekarisierung des Lebens, die sich im Alter fortsetze. „Viele Betroffene sind von gesellschaftlicher und politischer Teilhabe ausgeschlossen, sie resignieren und ziehen sich zurück“, so Riexinger. „Diesen Menschen müssen wir Mut machen, dass sie an ihrer Lage etwas ändern können.“

Parallel zum Anstieg der prekären Beschäftigung seien eine dramatische Tarifflucht sowie insgesamt eine Schwächung der Gewerkschaften und Betriebsräte in den Unternehmen zu verzeichnen. „Leiharbeit und Befristung müssen gestoppt werden“, betonte Riexinger. Erforderlich seien eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV sowie bezahlbare Wohnungen und Energie. „Nicht zuletzt muss Arbeit umverteilt und mehr Personal für Bil-

dung, Pflege und Gesundheit eingesetzt werden.“

Zur Lage in M-V erklärt Foerster: „Seit 2006 ist die Zahl der Vollzeitstellen im Land um 30 000 zurückgegangen, während sich die Zahl der Teilzeitstellen auf 145 000 verdoppelt hat. Mehr als 70 000 Beschäftigte arbeiten in befristeten Arbeitsverhältnissen, annähernd jedes zweite Beschäftigungsverhältnis wird nur noch befristet geschlossen. Etwa 80 000 Menschen gehen einem Minijob nach. Zudem liegt die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in M-V seit Jahren konstant bei etwa 10 000. Gelingt es nicht, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zurückzudrängen und den Lohnabstand zu den Nachbarländern deutlich zu verringern, werden die mehr als 72 000 Pendlerinnen und Pendler weiter außerhalb des Landes arbeiten müssen. Junge Leute werden weiter das Land verlassen, zumal die Löhne in M-V auch nach 25 Jahren die niedrigsten bundesweit sind.“

Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften brauchen Handlungsstrategien und einen gesetzlichen Rahmen, um für sichere, gut bezahlte Beschäftigung, den Schutz der Beschäftigtenrechte und gegen die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen zu kämpfen. Leider haben SPD und CDU den Antrag meiner Fraktion, dass die Landesregierung sich dafür einsetzen soll, auf der jüngsten Landtagssitzung abgelehnt.

Aber die heutige Konferenz hat deutlich gemacht, dass Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften sich nicht entmutigen lassen und sich weiterhin für gute Arbeit für die Beschäftigten sowie deren Rechte einsetzen werden.“

Quelle: www.linksfraktionmv.de



Mindestsicherung als Schutz vor Armut

In Deutschland sind knapp 8 Prozent der Bevölkerung auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen, in Bundesländern wie Berlin oder Bremen liegt der Anteil sogar bei 16 beziehungsweise 14 Prozent. Die Leistungen des sogenannten Arbeitslosengeld II reichen kaum zum Überleben: Der Regelsatz ist angeblich so berechnet, dass er lediglich das Existenzminimum sichern soll. Eine Anfrage der LINKEN-Abgeordneten und Parteivorsitzenden Katja Kipping im Bundestag hat jedoch gezeigt: Die Grundlage der Berechnung für das Existenzminimum sind die Lebenshaltungskosten von denjenigen in der Bevölkerung, die selbst arm sind und mit ihrem Einkommen nicht oder nur schlecht über die Runden kommen. Sie können sich vieles, was für andere selbstverständlich ist und zum Leben dazu gehört, nicht leisten: Kino, Kultur, die Kinder in den Sportverein oder auf Klassenfahrt schicken. Es ist also kein Wunder, dass Hartz IV vorn und hinten nicht reicht.

Vergleicht man die Summen, die im Hartz-IV-Satz für bestimmte Ausgaben vorgesehen sind mit den realen durchschnittlichen Kosten, wird deutlich, dass die vorgesehenen Beträge häufig nicht ausreichen, um die Rechnungen zu bezahlen. So sieht der Hartz-IV-Regelsatz beispielsweise für Energie und Strom bei einer alleinstehenden Person rund 33 Euro pro Monat vor, tatsächlich liegen die Kosten jedoch durchschnittlich bei monatlich 43 Euro. Die Differenz von 10 Euro muss sozusagen »aus der eigenen Tasche gezahlt«, also von dem Budget für Essen oder Kleidung abgezogen werden. Nicht selten passiert es deshalb, dass Hartz-IV-Beziehende ihre Energiekosten nicht mehr zahlen können und ihnen als Konsequenz der Strom abgestellt wird – 2013 wurde dies 345.000 Mal zur Realität. Deshalb fordert DIE LINKE ein Verbot von sogenannten Stromsperrern und möchte stattdessen ein sozial gestaffeltes Preissystem für Strompreise einführen. Aber auch in punkto Mobilität wird den Betroffenen das Leben schwer gemacht: Die im Regelsatz vorgesehenen 25 Euro decken in vielen Städten nicht die realen Kosten für den öffentlichen Nahverkehr. Sogar die Fahrt zum Jobcenter kann so zum Problem werden.

Selbst der reguläre Satz des Arbeitslosengeldes II reicht daher kaum aus, um das Minimum des alltäglichen Bedarfs zu decken. Nicht selten werden jedoch so-

genannte »Sanktionen« verhängt und die Leistung weiter gekürzt. Wenn beispielsweise nicht die vom Jobcenter »vorgeschriebene« Zahl an Bewerbungen geschrieben oder eine angebotene Arbeitsstelle nicht angenommen wurde, kürzt das Jobcenter den Hartz-IV-Satz weiter. Mit derartigen »Bestrafungen« soll suggeriert werden, dass die Betroffenen sich nicht ausreichend bemühen, eine Arbeit zu finden und dass die Verantwortung allein bei ihnen läge. Obwohl die Sanktionspraxis die im Grundgesetz geschützte »Würde des Menschen« verletzt, da durch sie das Existenzminimum nicht mehr gesichert ist, hält das die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter nicht ab, Kürzungen vorzunehmen – allein im letzten Jahr geschah dies rund in einer Million Fällen. Erst am 1. Oktober 2015 haben SPD und CDU die Anträge der LINKEN und der Grünen nach Abschaffung bzw. (bei den Grünen) Lockerung der Sanktionen im Bundestag abgelehnt. Und das, obwohl Sozialministerin Andrea Nahles eigentlich die Lockerungen bei den besonders scharfen Sanktionen für junge Hartz-IV-Beziehende versprochen hatte.

»Grundrechte sind an keine Bedingungen



FÜR EIN LEBEN OHNE ZUMUTUNGEN! Auch die Rostocker LINKE machte im Rahmen der Kampagne DAS MUSS DRIN SEIN! auf die berechtigten Forderungen unserer Partei aufmerksam

geknüpft, schon gar nicht an ein Wohlverhalten der Betroffenen«, so Katja Kipping. »Deswegen ist unsere Forderung eine sanktionsfreie - und individuelle - Mindestsicherung, eine eigenständige Kindergrundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen.« Das Recht auf eine gesicherte Existenz, die auch die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe beinhaltet, ist eine der Forderungen der Partei DIE LINKE, die im Rahmen der Kampagne »Das muss drin sein.« erhoben wird. Diese Mindestsicherung muss, so die Partei, ein Leben ohne Armut und ohne Sanktionen gewährleisten. In Armut zu leben oder von ihr bedroht zu sein bedeutet, mit weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Net-

toeinkommens auskommen zu müssen, was in Deutschland derzeit bei ca. 1.050 Euro liegt.

Erwerbstätig und trotzdem von Hartz IV betroffen?

Nicht nur Hartz-IV-Beziehende sind von diesem Leistungssystem betroffen, auch für Erwerbstätige hat es Auswirkungen: Die Angst davor, durch den Verlust der Arbeitsstelle in die Erwerbslosigkeit zu rutschen führt dazu, dass jeder noch so schlechte Job angenommen wird, ganz gleich, ob die Entlohnung niedrig oder die Bedingungen schlecht sind. Das und die Verpflichtung für Arbeitssuchende, jeden Job anzunehmen, drücken die Löhne aller Beschäftigten. Viele Kommunen beispielsweise stellen Ein-Euro-Jobber ein, statt nach Tarif bezahlte, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen.

Als weitere Folge dieser Niedriglohnpolitik werden selbst die Leistungen im Arbeitslosengeld I zu einem Problem: So liegt das durchschnittliche Arbeitslosengeld I 200 Euro unter der sogenannten Armutsrisikogrenze, wie aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag hervorgeht. Für Frauen sieht die Situation sogar noch prekärer aus: 82 Prozent der Arbeitslosengeld-I-Bezieherinnen liegen unter dieser Armutsgrenze, bei den Männern sind es 61 Prozent.

Schlechte Bezahlung, unfreiwillige Teilzeitarbeit, prekäre Arbeitsverhältnisse oder Befristungen haben zur Folge, dass viele Erwerbstätige trotz Arbeit Hartz IV beantragen müssen. Mittlerweile ist jeder und jede zehnte Beschäftigte in Deutschland von Armut betroffen, trotz Mindestlohn. Umso wichtiger für DIE LINKE, die Themen Mindestlohn, Mindestrente und die Frage der Tarifbindung wieder Stärker auf die Agenda zu holen.

Im Rahmen der Kampagne »Das muss drin sein.« startet DIE LINKE ihren zweiten Aktionsschwerpunkt unter dem Thema »Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV«. Vom 1. Bis 13. Dezember informiert die Partei bei bundesweiten Aktionen und Veranstaltungen über Alternativen zum bestehenden Hartz-IV-System.



Literaturempfehlung: Ein Verlegerleben

Wie gut, dass es den Aufbau-Verlag noch gibt! Und wie erstaunlich, wenn man sich das Schicksal anderer DDR-Verlage vor Augen hält. Aber es gibt ihn noch, und mit ihm jene Autoren, deren Werk 1990 nicht zusammen mit ihrem Staat verschwand, sondern als Teil des deutschsprachigen literarischen Erbes anerkannt wurde: Strittmatter, Seghers, Christa Wolf, Sakowski ... Der Aufbau-Verlag pflegt aber nicht nur das ostdeutsche kulturelle Erbe, sondern bietet auch Autoren wie Landolf Scherzer eine Heimat, die eine ostdeutsche Perspektive auf Geschichte und Gegenwart anbieten, wie man sie sonst nicht zu sehen bzw. zu lesen bekommt.

Wer wissen will, wie es in der DDR war, kann aus einem breiten Angebot der Erinnerungsliteratur wählen. Meistens bekommt man Schwarz-Weiß-Bilder präsentiert. Diametral entgegengesetzte Urteile. Nicht so bei Elmar Faber, dem langjährigen Chef des Aufbau-Verlages. Ihm gelingt es, in seinen Erinnerungen „Verloren im Paradies: Ein Verlegerleben“ die DDR in all ihren Farben und in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit zu erfassen.

Faber wurde 1934 in Thüringen geboren. Auf der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät in Jena erlebte er hautnah den Aufstand des 17. Juni 1953. Beeindruckend schildert er, wie sich die Proteste zu einem zerstörerischen Furor auswuchsen, der das Land auf vielfältige Weise traumatisierte. Lebendig erzählt er auch über die Studentenstadt Leipzig, die in den 50er Jahren ein Zentrum der Gelehrsamkeit war: Ernst Bloch, Hans Mayer, Walter Markov ...

Elmar Faber machte Karriere im Verlagsgeschäft, in dem er sich immer wieder an den politischen Instanzen und ihren Eingriffen in die Buchproduktion rieb. Faber schreibt: „Die schlimmste Untugend der Herrschenden war die Intoleranz und die Gewalttätigkeit der Sprache, mit der sie mitunter ihre Überzeugungen durchsetzen wollten.“ Da wurde mal die Rolle der Arbeiterklasse nicht ausreichend gewürdigt, mal dem Feind Munition geliefert. Vieles

erschien dann doch, aber letztlich zu wenig, um das Lesepublikum zu befriedigen. Hiebe teilt der Autor nach allen Seiten aus. Auch an jene Schriftsteller, die nicht an der Politik, sondern an fehlendem Talent scheiterten und deshalb auch im Westen nicht gedruckt wurden. Nicht weniger ärgerlich waren Materialmangel und gelegentliche Schlamperei in den Druckereien.

Faber wurde 1983 Leiter des Aufbau-Verlages, als „Suhrkamp des Ostens“ eine Kulturinstitution der DDR. Für viele Manuskripte musste er kämpfen, auch wenn es in den



80ern leichter geworden war. „Das war bedrückend, weil man noch immer glaubte, in einem Boot zu sitzen, auch wenn das schon lädiert war und in unglückseligen Momenten arg zu schwanken begann.“ Seine Hoffnungen auf einen demokratischen Sozialismus erfüllten sich nicht. Mit der DDR starb auch die von Faber beobachtete Wertschätzung des Schriftstellers durch das Volk, die vorher und nachher ohne Beispiel in der deutschen Geschichte

war. Viele Bücher landeten 1990 auf der Müllkippe, nicht nur symbolisch. Koch- und Reisebücher waren jetzt gefragt.

Der Aufbau-Verlag überlebte, da Treuhand-Direktor Rohwedder meinte, drei Dinge aus der DDR unbedingt gerettet werden sollten: Carl Zeiss Jena, die DEFA und der Aufbau-Verlag. Aber nur ein Drittel des Personals blieb. Es half, dass ein Buch über Honecker („Der Sturz“) zum Bestseller avancierte. Schnell besannen sich die vereinigungsmüden Ostdeutschen auf ihre Wurzeln. 1992 wurde der 3. Teil von Strittmatters „Laden“ ein Erfolg. Der Autor füllte ganze Hallen (im Osten).

Elmar Faber war nicht nur Schöngest, sondern auch hervorragender Manager, wie sie auch die DDR in gar nicht geringer Zahl hervorgebracht hat. Als solcher rettete er den Verlag. Dann kam ein westdeutscher Investor, der seine mit Immobilien verdienten Millionen in den Verlag steckte. Nun hatte der Wessi sein Steckenpferd, das aber auch Profit abwerfen sollte. Könnte nicht Christa Wolf auch mal einen Krimi schreiben, bitte schön? Elmar Faber musste gehen, im Gepäck den Spruch Bertolt Brechts „In mir habt ihr einen, auf den könnt ihr nicht bauen“.

Elmar Faber steht zu seiner Biographie. Für Wendehälse hat er nur Verachtung übrig. Hart fallen auch seine Urteile über westdeutsche Kollegen und Zustände aus. Er schreibt: „Die verengte Geschichtsaufarbeitung nach der Wende hat den Fokus zu uniform auf die DDR gerichtet, als sei dort nur alles Böse versammelt gewesen, dagegen alles Bessere, alles Schöne in der Bundesrepublik. (...) Sternstunden, Glück und Infamitäten waren auf beide Seiten verteilt.“

Ein Blick in das heutige Programm von Aufbau verrät natürlich auch viel über den Geschmack des deutschen Lesepublikums – daran kommt kein großer Verlag vorbei. Aber einige Bücher ragen immer wieder heraus – wie das von Elmar Faber.

Text: Carsten Penzlin; Foto: Aufbau-Verlag

25 Jahre Linksfraktion im Landtag

Die Linksfraktion blickt auf bewegte und bewegende 25 Jahre zurück. Ob in den Jahren als PDS-Fraktion in den Neunzigern des vergangenen Jahrhunderts, der Zeit der Regierungsbeteiligung in den Jahren zwischen 1998 und 2006 oder beim Wirken als Oppositionsführerin im Schweriner Landtag – immer stand und steht die Frage im Mittelpunkt: Was müssen und was können wir tun, um Politik für und mit den Menschen zu gestalten? Motor für unsere Arbeit sind der Anspruch und das Streben, den Menschen eine lebens- und liebenswerte Gegenwart

und Zukunft zu ermöglichen und ihre Lebenssituation zu verbessern.

Soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente, gleiche Chancen in Schule und Bildung, Stärkung von Demokratie und Toleranz, ein nachhaltiges Wirtschaften, aber auch Fragen der persönlichen und öffentlichen Sicherheit sind einige Schwerpunkte, in denen wir unsere Ideen und Konzepte einbringen.

Angesichts der demografischen Entwicklung in M-V stehen wir vor enormen Herausforderungen. Wir werden immer weniger und wir werden immer älter. Wir müssen uns darauf einstellen. Eine Chance sehen wir in einer

Migrationspolitik, die Menschen aus anderen Ländern bei uns willkommen heißt und sie bleiben lässt.

Der Gedankenaustausch und die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden sind für unsere Arbeit unerlässlich. Wir erfahren so, wo der Schuh drückt, um gegebenenfalls parlamentarisch aktiv zu werden. Deshalb sind wir auch regelmäßig als ‚Fraktion vor Ort‘ und auf ‚Landtouren‘ und führen öffentliche Anhörungen durch. Wir sorgen dafür, dass die Landesregierung in ihrer Selbstherrlichkeit den Blick für die Menschen und deren Sorgen und Probleme nicht vollends aus den Augen verliert.



Von Kurt Kaiser: „Erlesenes aus Fritz Reuters Roman „Ut mine Stromtid“

II. Bräsig sien Waterkunst

Zur Erinnerung an Teil I.: Bräsig erzählt seinem Freund Hawermann wie ihm bei seiner *Gichtkur* mit all den Wasserbehandlungen der „*Giftstoff*“ aus seinem Körper getrieben werden sollte. Dabei kommt es auch zu „wissenschaftlichen“ Betrachtungen über den „*Stinkstoff*“ und die „schwarze Kohlensäure“ im Körper und zu einer „Katastrophe“.

Bräsig: „Lach nich über ´ne Sach, Korl, die du nich verstehst! Süh, den rausgetriebenen Stinkstoff hab ich bei ´s Switzen selbst gerochen; aber wo bleibt die festgemachte swarze Kohlensäure?“

Süh, das ist der Punkt, un weiter bün ich in den Wasserwirtschaften nich gekommen: un glaubst´ du woll, dass Paster Behrens was davon weiß? Ich hab ihn gestern gefragt, der weiß erst recht nichts davon. Und du sollst sehn, Korl, die swarze Kohlensäure steckt noch in meinem Leibe, un davon werd´ ich den verfluchten Podagra doch wieder kriegen.“

„Äwer Zacherias, worüm büst du denn nich noch en beten länger dor blewen un hest di ordentlich utkurieren laten?“

„Korl“, säd Bräsig un slog de Ogen nedder un namm en sihr gedrücktes Wesen an, „es ging nich! Es ist mich da was passiert. – Korl“, säd hei un keek Hawermannen drist in de Ogen: „Du kennst mich von Lütt auf an, hast du all mein Dag an mir ein unrespektierliches Wesen gegen Frauenzimmer bemerkt?“

„Ne, Bräsig, dat Tügnis kann ´ck di gehen!“

„Na, un nu doch! Denk dir, wo mich das gehen muss: Diesen Freitag vor acht Tagen krieg ich wieder so ´n infamtes Muckern in den großen Zehen – denn in das bütelstes En ´n fängt ´s ümmer an. Un der Wasserdoktor sagt: ‚Herr Entspektor, wir müssen Ihnen eine Extra-Einwicklung apoplexieren, Doktor Strumpfen sein verdammtes Apotheker-Kolchikum mell sich, das muss raus.“

Na, das geschieht, er wickelt mir selbst, un so drang`, dass ich knapp Aten holen kann, wobei er sagt, Luft is nich weniger nötig as Wasser, und dabei will er sogar das Fenster zumachen.

„Ne sag ich, soviel versteh ich nachgraden auch davon, frische Luft muss sein, lassen Sie das Fenster auf! Und er tut `s und geht ab. Nu lieg ich denn in meiner bedrückten Lage sachten fort und denke mir auch weiter nichts Slimms, da wird das mit en Mal so ´n Gebrumm un Gesumm um mich rum, und als ich richtig zu Höchten seh, swarmt en ganzer Immenswarm ins Fenster rein un

der Weiser vorauf – denn ich kenn ihn, Korl du weißt, ick bün en Imker; bün mal in Zitelwitz mit denn Schulmeister zusammen Frühjohrs mit siebenundfünfzig Stöck ins Feld gezogen. Un dieser Weiser will sich jo woll nu in meine wollne Deck, die der Doktor mir über den Kopp gezogen hatte, ordentlich anbauen. Na, was sollt ich nu machen? Rühren konnt ich mich nich; ich puste also nach ihm, ich pust, bis mich der Athen ausgeht; aber Essig, reiner Essig! Das Biest setzt sich geradtau up minen kahlen Kopp, denn de Perük, Korl, nehme



ich ümmer aw, un ihr zu schonen. Un nu kommt der ganze Swarm un swenkt sich an mein Gesicht heran. – Na, da war ´s all! Ich wölter mir aus das Bett heraus: quuck, fall ich auf die Erde un wölter mir nu aus de wollne Deck heraus un aus die nassen Laken bis an die Thür heran, un über mir war der Deuwel los, der leibhaftige Deuwel! Un so spring ich nu aus der Thür heraus, un so slag ich mir mit die nachfolgenden Immen herum wie blind un doll, un so schrei ich um Hülfe! – Gott sei Lob und Dank, der Existent von dem Wasserdoktor – der Mann heißt Ehrfurcht, – traf mich und brachte mich in einem anderen Lokale un von da in die notwendige Bekleidung, so dass ich nach einer mehrstündigen Beruhigung in die Essstube, was sie einen Salong nennen, hinuntergehen konnte, dass heißt mit einem halben Schock Immenangeln in dem Leibe.

Ich fange an, mit die Herren zu reden, un sie lachen sich. Worum lachen sie sich, Korl? Du weißt `s nich, un ich weiß `s auch nich. Ich wend mir also an eine von die Dams un red sie freundlich auf `s Wetter an; da wird sie rot.

Warum wird sie bei `s Wetter rot? Das weiß ich nicht, und du weißt es auch nich, Korl. Ich wend mich an eine, was `ne Sängerin war, un bitt ihr freundlich, sie soll das schöne Lied noch mal singen, was sie alle Abend gesungen hat. Was tut sie, Korl? Sie

zeigt mir ihren Rücken. Und als ich mir den nun so in meinen besonderen Gedanken betrachte, kommt der Wasserdoktor und sagt sehr höflich zu mir:

‚Herr Entspektor, nehmen Sie ´s nicht übel, Sie haben sich heute Nachmittag zu sehr bemerklich gemacht!‘

‚Wo so?‘ frag ich. – „Ja“, sagt er, „wie Sie aus der Tür rausgesprungen sind, is grad das Fräulein von Hinkefuß über den Corydon gegangen, und die hat ´s in aller Verschwiegenheit den anderen erzählt.

‚Und deretwegen‘ sag ich, ‚wollen sie mich von das natürliche Mitleid entblößen? Deretwegen wollen die Herren lachen un die Dams mich ihre angenehme Rücksicht genießen lassen? Nein, davor bin ich nich hier! Wenn mir Fräulein von Hinkefuß so mit dem halben Schock Immenangeln entgegengetreten wäre, ich hätte mir alle Morgen in Bescheidenheit nach ihrem Befinden erkundigt. Aber lasse ihr! Menschliches Gefühl kann keiner auf einen Jahrmarkt kaufen!

Aber nu kommen Sie, Herr Doktor, und ziehen Sie mir die Immenangeln aus dem Leibe‘. Süh, Korl, das konnte er nich.

‚Was?‘ sag ich, ‚nich mal eine Immenangel können Sie aus der Haut ziehn?‘

„Nein,“ sagt er: „Ich könnte es wohl, aber ich dürfte es nicht, denn das sind Operamente, wie sie sich für einen Gregorius gebühren, un dazu bin ich nicht von der meckelnborger Regierung qualifiziert.“

„Was?“ sag ich, „Sie wollen mir die Gicht aus den Knochen kurieren und dürfen mir gesetzlich nich mal ´ne Immenangel aus der Haut ziehen? Sie dürfen sich nich mal mit der Haut von einen auswendigen Menschen befassen un wollen mir mein geheimnisreiches Inwendiges mit backermensches Wasser ausspülen? Ich danke Ihnen!“

Un süh, Korl, von dem jetzigen Augenblicke an hatte ich das Zutraun zu den ganzen Wasserdoktor verloren, und ohne das können sie nichts machen, das sagen sie jeden selbst, wenn er ankommt.

Un süh, Korl, von dem jetzigen Augenblicke an hatte ich das Zutraun zu den ganzen Wasserdoktor verloren, und ohne das können sie nichts machen, das sagen sie jeden selbst, wenn er ankommt.

Ich reiste also furtsen ab un habe mir die Angeln von dem alten Gregorius Metz in Rahnstädt ausziehen lassen. Un somit schließt sich miene Geschicht in de Was-serkunst; *Aber gut is sie doch!*

Fortsetzung auf S. 15 unten

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Do., 3.12.	19:00 Uhr	Mitgliederversammlung Stadtteilverband Mitte; Wahl Vorstand und Delegierte	Rostock	Geschäftsstelle
Di., 8.12.	18:00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung der Mitglieder im Altkreis Güstrow zur Wahl der Landtagsdirektkandidat*innen in den Wahlkreisen 15 und 16	Güstrow	Bürgerhaus
Mi., 9.12.	16:30 Uhr	Sitzung des Kreistages		
Do., 10.12.	18:00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung der Mitglieder im Altkreis Bad Doberan zur Wahl der Landtagsdirektkandidat*innen in den Wahlkreisen 11 und 12	Sanitz, Hof 1	Dorfgemeinschaftshaus
Mi., 16.12.	18:00 Uhr	Kreisvorstandssitzung LRO	Kritzkow	Gaststätte STRIKE
Sa., 9.1.	10:00 Uhr	2. Tagung des 5. Landesparteitages (Eckpunkte zum Wahlprogramm LTW 2016)	Gägelow	Wyndham Garden Hotel
Sa., So. 9./10.1.	14:00 Uhr	Landesvertreterinnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl	Gägelow	Wyndham Garden Hotel
Do., 21.1.	18:00 Uhr	Buchlesung mit Petra Pau (Vizepräs. des Bundestages): "Gottlose Type: Meine unfrisierten Erinnerungen"	Bad Doberan	Ehm-Welk-Haus, Dammchausee
Sa., 23.1.	Siehe schriftl. Einladung	Gesamtmitgliederversammlung zur Aufstellung der Direktkandidaten in den vier Rostocker Wahlkreisen	Rostock	Waldemarhof

Internationaler Tag der Kinderrechte: Kampf gegen Kinderarmut muss absolute Priorität haben

Seit 1989 garantiert die UN-Kinderrechtskonvention allen Kindern das Recht auf Überleben, persönliche Entwicklung, Schutz vor Ausbeutung und Gewalt sowie das Recht auf Beteiligung, Deutschland hat die Konvention 1992 ratifiziert und sich damit zur Umsetzung verpflichtet. Zum Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention am 20. November erklärt die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Katja Kipping:

An diesem Tag soll auf die Bedürfnisse und Rechte der Kinder weltweit aufmerksam gemacht werden. Junge Menschen haben ein Recht auf Bildung, auf ein gesundes erwachsen werden, auf gesellschaftliche Beteiligung und insbesondere darauf, dass sie vor physischer und psychischer Gewalt geschützt werden. Doch leider sieht die Realität für viele – viel zu viele – Kinder

anders aus. Auch in Deutschland: Es ist nicht nur die Behandlung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen, obwohl Kinderrechte für alle Kinder gelten – egal wo sie herkommen. Obwohl wir in einem reichen Land leben, ist Kinderarmut eines der drängenden Probleme in Deutschland: Jedes sechste Kind unter drei Jahren wächst bundesweit in Armut auf (2014: 17,1 %, Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung).

Der Kampf gegen Kinderarmut muss absolute Priorität haben, und zwar in doppelter Hinsicht: Er muss unmittelbare Kinderarmut verhindern und ein armutsfreies Umfeld schaffen. DIE LINKE fordert daher die Absicherung aller Kinder und Jugendlichen mit einer ausreichenden Kindergrundsicherung, einen Mindestlohn ohne Ausnahmen in Höhe von 10 Euro sowie eine ausreichende Mindestrente und Mindestsicherung, denn unter 1050 Euro droht Armut.

Fortsetzung von S. 14

Der Mensch kriggt an ganz andern Glauen, un wenn sie auch nicht den verfluchten Podagra vertreibt, so kriggt man doch einen Begriff davon, was die menschliche Kretur allens aushalten kann.

Un hier, Korl hab ich dir auch ein Waserbuch mitgebracht, da kannst du dir 's Winterabends in den Wissenschaften belernen.“

Worterkklärungen:

Immen = Wespen; Immenangel = Bienenstacheln; Gregorius = Chirurg; Apoplexie-

ren = verabreichen;

Apteker-Kolchikum = Apothekermedizin; Weiser = Weisel, Königin

So drang = so fest; wölter = wälze

Existent = Assistent; Corydon = Korridor

Operamente = Operationen;

Ehrfurcht = Erfurth, später Vorsteher der Wasserheilanstalt in Feldberg in Mecklenburg-Strelitz.

Quelle: Sämtliche Werke von Fritz Reuter, Fünfter Band. Wismar. Hinstorffsche Hofbuchhandlung Verlagsconto 1902.

Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300

Hypo-Vereinsbank

Rostock:

IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS

OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Vergebens (von Janina Niemann-Rich)

Wenn du weißt
der Tag kommt
an dem du gehst
bleib!

Heilig? (von Janina Niemann-Rich)

Geweihete Nacht
im Weihrauch verraucht
Rauschkauf raubt Sinn

Dresdner Christstollen (von Jürgen Riedel)

Dresden bundesdeutsches Sonstwo
Halbe Mitte

Mit finstren Stollengängen im Hirn
Unchristlicher rosinensüßer Hass
Auf Muslime

Unter Puderzucker braune Gesinnung

Inklusionstagung in Rostock erarbeitete Forderungen für Landtagswahlkampf 2016

Die Inklusionstagung am 24.10.2015 in Rostock, zu der ca. 40 Interessierte aus dem gesamten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern anreisten, war geprägt von engagierten Diskussionen darüber, wie man das Thema Inklusion in allen Bereichen nach vorne bringen kann: auf dem Gebiet der Bildung, der Arbeit und Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt, hinsichtlich der Barrierefreiheit im ÖPNV und im Bauen, der Pflege und Gesundheit und der Bewusstseinsbildung.

Es gab fachlich gute Beiträge, unter anderem von Peter Braun, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Behindertenverbandes in Mecklenburg-Vorpommern (AbiMV). Er legte dar, dass Deutschland und speziell Mecklenburg-Vorpommern noch einen weiten Weg vor sich habe, um die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen und gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen zu garantieren. Es sei an der Zeit, von Seiten der Politik konsequenter zu handeln. So müsse DIE LINKE in M-V sich für ein Bundesteilhabegesetz einsetzen - ohne Kostenvorbehalt, mit einem Recht auf einkommens- und vermögensunabhängige Leistungen und ein Teilhabegeld sowie einem Recht auf Arbeit in einem inklusiven und barrierefreien Arbeitsmarkt. Unter anderem forderte er den sofortigen Stopp jegliche Förderungen für Werkstätten von Menschen mit Behinderung.

Rolf Kohn, Sprecher der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik NRW und Koordinator der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, bezog sich in seinem Vortrag insbesondere auf die Umsetzung des Teilhabekonzeptes innerhalb der Partei DIE LINKE. Konkret zeigte er auf, was es heißt, barrierefreie Veranstaltungen zu organisieren und brachte gute Beispiele aus NRW. Rolf hatte zudem eine mobile Induktionsschleife des LV NRW mitgebracht, so dass Menschen mit Hörbehinderung gut dem Verlauf der Veranstaltung folgen konnten. Besonders konstruktiv waren die Impulsreferate zum Einstieg in die Arbeitsgruppen: Simone Oldenburg, MdL, sprach zur Problematik der inklusiven Bildung in M-V und Torsten Koplin, MdL, darüber, wie Gesundheit und Pflege strukturiert werden müsse, damit alle Menschen - auch die im ländlichen Raum leben - davon profitieren können. Wolfgang Griese, Vorsitzender des Be-

hindertenbeirates Nordwest-Mecklenburg, und Wolfgang Iiter, Interessenvertreter für blinde und sehbehinderte Menschen und ebenfalls Mitglied des Behindertenbeirates Nordwest-Mecklenburgs, äußerten sich zur Barrierefreiheit im Bauen und im ÖPNV. Susanne Krone referierte zur Situation von Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt und Margit Glasow darüber, wie es gelingen kann, Inklusion als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen.

Nach den Impulsreferaten wurde sehr fruchtbringend in Arbeitsgruppen diskutiert. Hier wurden konkrete Forderungen - sowohl für den Aktionsplan INKLUSION als auch für den Landtagswahlkampf 2016 erarbeitet. Unter anderem wurden folgende Ziele benannt:

Verankerung von längerem gemeinsamen Lernen aller Schülerinnen und Schüler (kurzfristig bis mindestens Klasse 8, mittelfristig bis Klasse 10) als Zwischenschritt zu einer Schule für Alle, Umwandlung der Außenarbeitsplätze von Werkstattbeschäftigten in reguläre Arbeitsplätze und die Verdopplung des derzeitigen Lohns von Werkstattbeschäftigten als erstem Schritt zum Mindestlohn, Durchführung einer landesweiten Kampagne zur Aufklärung über das Thema Inklusion sowie Überprüfung einschlägiger Landesgesetze am Maßstab der UN-Behindertenrechtskonvention, Beauftragung des Kultusministers des Landes M-V durch den Landtag, an der Hochschule Wismar, Bereich Hochbau, eine Vertiefungsrichtung „Barrierefreies Bauen“ mit dem Studiengang 2016/17 einzuführen, Erarbeitung und Umsetzung eines Konzept zur schrittweisen Sicherung von barrierefreien Arztpraxen und Gesundheitseinrichtungen. Am 3.12.2015 wird es um 9.30 Uhr anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung im Rostocker Rathaus eine Pressekonferenz zum Thema „Für ein Bundesteilhabegesetz ohne Wenn und Aber!“ geben. Dazu seid Ihr Alle recht herzlich eingeladen. Ihr werdet dort Gelegenheit haben, Euch umfassender über die Forderungen zu informieren und mit uns zu diskutieren.

Margit Glasow (Mitglied im Inklusionsbeirat des LV M-V und der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik)



Gewinner: Peter Hörnig wurde zum Kreisvorsitzenden im Landkreis Rostock gewählt. Ein Traum wurde wahr!? Wir wünschen ihm viel Erfolg und Freude in der neuen Funktion.

Verlierer: Verlierer sind die Rostocker Kulturfreunde, denen der Kaufmännische Geschäftsführer der kommunalen Bühne Stefan Rosinski durch die unsägliche Politik aus dem Rathaus zu den Bühnen Halle wegemobbt wird.

Monatszitate

„Wer im Namen einer Religion bombt und mordet, hat keine Religion. Wer im Namen seines Glaubens bombt und mordet, hat keinen Glauben.“ (Helmut Holter)

„Fatal ist mir um das Lumpenpack, das, um Herzen zu rühren, den Patriotismus trägt zur Schau, mit all seinen Geschwüren.“ (Heinrich Heine)

Monatszahl

Durch die völlige Digitalisierung der Arbeitswelt werden viele Berufe verschwinden. Laut einer Studie der Bank ING-DiBa könnten von 30,9 Millionen Beschäftigten in Deutschland rund 18 Millionen durch Maschinen und Software ersetzt werden.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer wurde zur Landesvorsitzenden der LINKEN MV wiedergewählt?
2. Wer ist neuer Kreisvorsitzender im Landkreis Rostock?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.02.2016